

Schreibtischtäter, die „von Amts wegen“ mordeten

Von Lars-Broder Keil

Am 20. Januar 1942 findet auf Einladung von Reinhard Heydrich in einer Villa am Berliner Wannsee eine Konferenz hoher Beamter statt. Ziel ist die Organisation der „Endlösung der Judenfrage“.

Einwände sollten „bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben“: Mit diesen Sätzen steuerten die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz den Holocaust. Das Beispiel Georg Leibbrandt. So ganz traut Georg Leibbrandt dem Frieden nicht. Der Repräsentant der Salzgitter AG will im Frühjahr 1958 über Paris nach Tunesien reisen, hat aber Sorge, dass er in Frankreich festgenommen wird. Kurz zuvor sind zwei ehemalige Kollegen aus seiner Zeit im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete verurteilt worden, weil sie während des Krieges im Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg auch in Paris am Raub von Kunst- und Kulturgütern beteiligt waren. Zusammen mit Georg Leibbrandt. Eigentlich hat der 58-Jährige nichts zu befürchten. Ermittlungen wegen seiner Tätigkeit im NS-Regime waren im Sande verlaufen. Der Entnazifizierungshauptausschuss Kiel hatte ihn 1951 gar als „unbelastet“ eingestuft. Das verkehrt allerdings die tatsächliche Karriere Leibbrandts komplett ins Gegenteil. Sein Name steht nämlich an zweiter Stelle auf dem Protokoll einer Besprechung von 15 NS-Funktionären, die sich am 20. Januar 1942 in einer Villa am idyllischen Wannsee in Berlin getroffen haben. Staatssekretäre aus verschiedenen Ministerien sowie hochrangige Vertreter von SS und Polizei. Dieses 90-minütige Treffen mit anschließendem Frühstück gilt als wichtige Wegmarke auf dem Weg zum Holocaust.

Reinhard Heydrich, Organisator des Holocaust

Gastgeber Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, hatte bewusst für eine angenehme Atmosphäre gesorgt. Besprochen werden sollte nichts Geringeres als ein Gesamtplan für die Vernichtung der Juden, die bereits begonnen hatte. Bis zu jenem 20. Januar waren nach Schätzungen bereits rund 500.000 Juden in Osteuropa ermordet worden.

Nicht, dass Heydrich Widerstand in der Sache an sich erwartet hatte. Am Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung gab es bei niemandem Zweifel. Man kannte sich auch aus früheren ähnlichen Begegnungen und sogar privat. Doch Heydrich, der an diesem Tag auch seinen Anspruch auf die Federführung beim organisierten Massenmord durchsetzen wollte, wusste um die Eifersüchteleien zwischen den Institutionen, etwa zwischen seinem Sicherheitsapparat und dem Ost-Ministerium. Um das Beharren auf Zuständigkeiten und um die Differenzen bei der juristischen Definition und Eingrenzung des Personenkreises, der als Juden deportiert und ermordet werden sollte. Während einige für eine engere Definition eintraten, wollten andere sie auch auf „jüdische Mischlinge“ ausweiten, unter anderem, um den bürokratischen Aufwand bei der Selektion möglichst gering zu halten. Die Frage der Federführung konnte Heydrich am Wannsee zu seinen Gunsten lösen. Die „Mischlings“-Frage wurde auf Folgekonferenzen vertagt.

In einem neuen Band, der von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz herausgegeben und zum 75. Jahrestag des Treffens wie zum 25. Jahrestag der Gedenkeinrichtung präsentiert wird, porträtieren renommierte Autorinnen und Autoren die 15 Teilnehmer, von denen außer Gastgeber Heydrich, seinem „Judenreferenten“ Adolf Eichmann und dem späteren Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, die meisten weitgehend unbekannt geblieben sind. Bei einigen der Porträtierten, wie dem 1948 in Krakau hingerichteten Josef Bühler, liegt mit dem Band die erste umfassende Darstellung überhaupt vor.

Georg Leibbrandt nahm als Leiter der Hauptabteilung 1 (Politik) im Ost-Ministerium teil und begleitete seinen Vorgesetzten, Staatssekretär Alfred Meyer. Leibbrandt hatte den Ruf eines exzellenten Osteuropa- und speziell Russlandkenners, was mit seiner Herkunft zu tun hatte. Leibbrandt wurde 1899 bei Odessa als Kind von deutsch-schwäbischen Auswanderern geboren. Daher sprach er Russisch, Ukrainisch und Deutsch, später kamen Englisch und Französisch hinzu. 1919 floh er nach der Russischen Revolution vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland, seine Familie wurde später Opfer der Umsiedlungen durch Stalin. Damit hatte er sein Lebensthema gefunden: den Kampf gegen den Bolschewismus und die Erforschung des gemeinsamen „Volkscharakters“ der Auslandsdeutschen. Diesem Thema widmete sich Leibbrandt an der Universität, im Verein Deutscher Studierender Kolonisten und 1927 in seiner Dissertation über die schwäbische Kolonie in Russland im frühen 19. Jahrhundert. Zunächst intellektuell, nahezu wissenschaftlich. Das Thema trieb ihn auch um bei damals noch seltenen Forschungsreisen nach England, Frankreich und in die Schweiz. Mit einem Rockefeller-Stipendium kam er sogar in die USA und durch Vermittlung der linken Frauenrechtlerin Clara Zetkin in die Sowjetunion.

Eskalation der Gewalt gegen Juden

Bei diesen Gelegenheiten entwickelte Georg Leibbrandt seine nationalistische, später dezidiert völkische, schließlich rassenbiologische Sicht auf die deutsche Siedlungsgeschichte. Leibbrandt war der Ansicht, dass Deutsche in allen Regionen die Verhältnisse geprägt und ihre „kolonialisatorischen Fähigkeiten“ bewiesen hätten, und leitete daraus ab, dass eine deutsche Herrschaft in diesen Regionen legitim sei. Damit lieferte Leibbrandt schon früh eine ideologische Begründung für die Blut-und-Boden-Theorie und schließlich Hitlers Eroberungspolitik. Offenkundig diskutierte er über seine Thesen bei seiner Amerikareise auch mit dem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“, jedenfalls empfahl dieser Leibbrandt weiter. So wurde er 1933 Alfred Rosenberg vorgestellt, der aus dem Baltikum stammte und merkte, dass ihre ostpolitischen Vorstellungen übereinstimmten. Rosenberg betraute Leibbrandt im Außenpolitischen Amt der NSDAP mit der antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda. Dafür trat Leibbrandt in die Partei ein.

Alfred Rosenberg – Stationen eines NS-Ideologen

Im Amt wie später im Ost-Ministerium, das ebenfalls dem NS-Chefideologen Rosenberg unterstand, vertiefte Leibbrandt seine Forschungen. Er gab die Schriftenreihe „Bolschewismus“ heraus und vertrat die damals weitverbreitete These, dass die Juden dafür wesentlich verantwortlich seien, dass marxistische Ideen mit imperialem Machtanspruch Eingang in Russland gefunden hätten. Leibbrandt setzte sich dafür ein, die einheimische Bevölkerung in den besetzten Gebieten für den Einsatz gegen den Bolschewismus zu gewinnen. Praktisch sah es so aus, dass die Bevölkerung zu Pogromen gegen jüdische Mitbürger aufgehetzt wurde. Berichte über solche Übergriffe wie auch über die Erschießung von Tausenden Juden in Osteuropa durch deutsche Truppen landeten auf Leibbrandts Tisch. Und er begleitete das brutale Vorgehen „von Amts wegen“.

Am 31. Oktober 1941 teilte er dem Reichskommissar im Ostland, Hinrich Lohse, mit, dass es Beschwerden darüber gebe, dass er „Judenexekutionen“ untersagt habe. Lohse entschuldigte dies damit, dass die „wildern Exekutionen“ nicht zu verantworten seien – wegen „der Art der Durchführung“. Dann fragte er nach, ob er Leibbrandts Anfrage als Weisung auffassen könne, „dass alle Juden im Ostland liquidiert werden sollen“ – ungeachtet von Anforderungen der kriegsproduzierenden Industrie. Leibbrandts Mitarbeiter Otto Bräutigam bestätigte: Einwände sollten „bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben“. Georg Leibbrandt war kein kalter Bürokrat, der sich stur im Kreis seiner Zuständigkeit bewegte. Er hatte sogar Probleme, sich im Verwaltungsmilieu des NS-Regimes einzufügen. Seine Kontakte zu Emigrantenkreisen aus Osteuropa lösten Irritationen aus, schildert der Dresdner Historiker Martin Munke in seinem Porträt. Himmler sei von der „Humanitätsduselei“ genervt gewesen und habe Leibbrandt 1943 durch einen Vertrauten ersetzen lassen. Der Geschasste wurde auf einen Etappenposten bei der Marine abgeschoben.

Beim Urteil über die Beteiligung Leibbrandts am Holocaust tun sich die Experten schwer. Einige halten ihn für einen Dilettanten, andere sind der Meinung, dass er einer der wichtigsten Strategen der Besatzungspolitik und damit der Massenmorde gewesen sei. Munke hat an Leibbrandts Täterschaft keinen Zweifel. Zwar habe der „gelehrte Radikale“, so der Historiker, versucht, die Besatzungspolitik anders zu gestalten. Das habe sich jedoch vorrangig auf den Umgang mit Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Teilen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten bezogen. Leibbrandt organisierte den Holocaust widerspruchlos mit. So richtete er bereits neun Tage nach dem Treffen am Wannsee eine Nachfolgekonferenz über die „Mischlings“-Frage aus. Nach dem Krieg wurde Georg Leibbrandt von 1945 bis 1949 unter Arrest gestellt und bei Kriegsverbrecherprozessen als Zeuge und Insider vernommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Beihilfe zum Mord wurde 1950 eingestellt. Er galt damit als rehabilitiert und bewarb sich mit diesem „Persilschein“ um eine Anstellung im Auswärtigen Amt, allerdings vergeblich. Fuß fassen konnte er dann in Bonn als Interessenvertreter für die Wahlheimat Friesland und als Repräsentant der Salzgitter AG. Privat hielt Leibbrandt vor Vertriebenen Vorträge zu seinem Thema Auslandsdeutschtum und pflegte Kontakte zu alten Kameraden.

Das Protokoll der Wannsee-Konferenz

Auch andere Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz konnten sich nach dem Krieg zumindest eine Zeit lang eine zweite Karriere aufbauen. Zu ihnen gehörte Staatssekretär Erich Neumann, ein enger Vertrauter von Hermann Göring, der für die Devisenbeschaffung in der Vierjahrplanbehörde zuständig war, die sich darum kümmerte, die Kriegsfähigkeit Deutschlands zu sichern – eben auch durch die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz von Juden. Monate nach der Wannsee-Konferenz schied er, weil seine Behörde an Bedeutung verlor, aus dem Staatsdienst aus und wurde Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikats. Nach seiner Internierung fungierte er als Berater für den Kalikonzern und starb am Karfreitag 1951. Ein Auskommen in der Bundesrepublik fand auch der Spitzenjurist Wilhelm Stuckart, der die NSDAP bereits in den 20er-Jahren juristisch beraten hatte und nach 1933 die gesetzliche Grundlage für die Annexion der „Rest-Tschechei“ erarbeitete, „Führererlasse“ zur Zerstörung des polnischen Staates formulierte und von Beginn an in die NS-Rassengesetzgebung involviert war. Das

Kriegsende erlebte Stuckart als Innen- und Erziehungsminister unter Staatschef Karl Dönitz. Nach der Verurteilung im Wilhelmstraßen-Prozess, wobei die Haftstrafe vollständig mit seiner Internierungszeit verrechnet wurde, engagierte sich Stuckart für die niedersächsische Wirtschaft, im Bund der Vertriebenen und zeitweise als Mitglied der 1952 dann verbotenen neonazistischen Sozialistischen Reichspartei. Er starb 1953 bei einem Verkehrsunfall.

Als „minderbelastet“ entnazifiziert

Als letzter Teilnehmer starb 1987 – 45 Jahre nach der Wannsee-Konferenz – Gerhard Klopfer, Staatssekretär in der Parteikanzlei der NSDAP und einer der einflussreichsten Parteibürokraten, der zentrale Ansprechpartner für die Ministerien in der Parteizentrale und dort unter anderem zuständig für „Rasse- und Volkstumsfragen“. Zunächst mit falschen Papieren untergetaucht, war er interniert, 1949 aber als „minderbelastet“ entnazifiziert worden und lebte anschließend unbescholten als Rechtsanwalt. Allen vier gemeinsam ist nicht nur, dass sie nach 1945 glimpflich bei Verfahren davorkamen. Sie konnten auch ihre Rolle beim Holocaust herunterspielen. Manche stellte die Tatsache, dass sie die Ausweitung des „Judenbegriffs“ abgelehnt hatten, gar als Widerstandsakt dar.

Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Gebiet

Christoph Kreuzmüller, Mitherausgeber des Porträtbandes, spricht von Anzeichen, dass Leibbrandt, Neumann, Stuckart und Klopfer in der gemeinsamen Internierungszeit ihren Auftritt abgesprochen haben. Sie zeigten später weder Reue noch Schuldbewusstsein, und in den Todesanzeigen ihrer Familien und Bekannten wurden sie als tüchtige, angesehene und warmherzige Menschen dargestellt.

Georg Leibbrandt wollte sich bei seiner Vernehmung nicht einmal an die Teilnahme an der Wannsee-Konferenz erinnern, obwohl ein 1947 zufällig gefundenes Exemplar des Besprechungsprotokolls dies Schwarz auf Weiß belegte. Er behauptete allen Ernstes, dass er seinem Minister bei der ersten möglichen Gelegenheit gesagt habe, dass „ich diesen Wahnsinn nicht teile“. Bis zu seinem Tod 1982 hielt er an seiner Haltung fest, sein einziges Ansinnen sei gewesen, die Völker im europäischen Osten von der bolschewistischen Herrschaft zu befreien, ein Argument, für das es in Zeiten des Kalten Krieges viel Verständnis gab. Seine Reise 1958 nach Tunesien kann Leibbrandt übrigens schließlich ohne Bedenken antreten. Nach Rücksprache des Auswärtigen Amtes mit den deutschen Botschaften in Paris und Tunis wird ihm mitgeteilt, dass Frankreich nicht vorhabe, ihn festzunehmen.

Hans-Christian Jasch, Christoph Kreuzmüller (Hrsg.): „Die Teilnehmer: Die Männer der Wannsee-Konferenz“. (Metropol, Berlin. 336 S., 24 Euro

<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article161145164/Schreibtischttaeter-die-von-Amts-wegen-mordeten.html>